IMT Nuremberg Archives

H - 3939

International Court of Justice

H3939 - 0001

H3939 - 0002

Certificate No. M201

(Place) Nürnberg

(Date) 11 JUL, 1946

CERTIFICATE.

I, Kenneth H.M. Duke, Major, British Army, of the British War Crimes Executive (European Section), hereby certify that the attached document, consisting of five ~~typewritten*~~ photostated ~~mimeographed~~ handw~~ritten~~ pages KHMD and entitled Extract from the Israelitisches Wochenblatt - Pages 3, 4, 5, 6, 7.

dated 21st Jan 1944, † is ~~the original*~~ a true copy of a document which the Wiener Library, London ‡ delivered to me in my above capacity, in the usual course of official business, as ~~the original*~~ a true copy. ~~of a document found in German archives, records and files captured by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces.~~

To the best of my knowledge and belief, the original document is held at:- The Wiener Library, London.

Kenneth H.M. Duke
Major

3040748

[...]elitisches Wochenblatt

für die Schweiz

JOURNAL ISRAELITE SUISSE

Gegründet 1901 von Rabbiner Dr. Littmann und Dr. phil. David Strauss

ANNONCEN
Pro Seite 4 Spalten à 125 Nonpareillezeilen. Preis der 1spaltigen Nonpareillezeile oder deren Raum 47 Cts., bei Platzvorschrift 58 Cts., Reklamen, erste Umschlagseite und Seiten der Familienanzeigen 90 Cts., Rabatt ab 500 Zeilen.

4 Spalten à 5 cm Breite, Spaltenhöhe 28,2 cm

Zürich, Uraniastr. 9 — 21. Januar 1944 (25. Tewet 5704) | 44. Jahrgang

[...] Abwehr in England

[...]en Abwehrorganisationen [...]mitismus sind etwa 60 Jahre alt. Im [...]en 76 namhafte deutsche Persönlich[...]en sich Mommsen, Gneist und Virchow [...]ffentliche Erklärung gegen [...]mus. Kaiser Friedrich III. nannte als [...] Antisemitismus «die Schmach des [...]». Das für die jüdische Geschichte [...] 1882 brachte nicht nur Dr. Pinskers [...]on» und die Gründung der Chowewe[...] im gleichen Jahre wurde auch die eu[...] der Bnei-Brith gegründet und [...]mische Verbindung «Kadimah» in [...] zur Aufgabe machte, den Antisemitismus [...]en abzuwehren. 1890 schufen [...] [...]ner in Berlin den «Verein zur Ab[...]mitismus», 1892 folgte das jüdische [...] Abwehr antisemitischer Angriffe und [...] der «Central-Verein deutscher Staats[...] Glaubens», dessen Gründer meinten, [...] Antisemitismus am besten begegnen [...] jede Gemeinschaft mit Juden anderer [...] und sich zur deutschen Nationalität be[...]nen die Schrift Bebels «Antisemitis[...]mokratie», worin er einen Ausspruch [...] sei der Sozialismus der Dummen» [...]rückte. Im Jahre 1891 folgten die Ab[...]en in Oesterreich und seither [...]are Literatur über das antisemitische [...], zu der auch Herzl wesentlich bei[...] [...] in Europa hatten alle diese Be[...] Vielmehr wurde der Satz wahr, der [...]staat» vom Jahre 1896 stand: «Die Ju[...] überall, wo Juden in merklicher Zahl [...] ist, wird sie durch Hinwandernde ein[...]

[...] wurde das jüdische Problem offiziell [...] von der vom englischen Parla[...]ten «königlichen Kommission zum Stu[...]einwanderungsfrage» zur Diskussion [...] Herzl als erster Experte einvernommen [...] die «Board of Deputies» hat in späte[...]schen Einzelfragen interveniert; eine [...] erhielt die Abwehrfrage aber erst [...]. Zahlreiche «Jewish Defence-Co[...] eingesetzt von Gemeinden und Ver[...] von jüdischer wie von nichtjüdi[...] Nummer der jüdischen Blätter er[...] und Berichte über unternommene Aktionen. Nicht alle sind neu und originell, aber die öffentliche Diskussion hat den Vorteil, daß das ganze Problem wieder aufgerollt und die einzelnen Fragen neu überprüft werden.

Der «Anglo-Palestinian Club», der in jüdisch-geistigen und politischen Fragen führend ist, setzte in einer der letzten Versammlungen die Frage zur Diskussion, ob der Antisemitismus durch Propaganda bekämpft werden könne. Den Vorsitz führte Mr. Sidney-Salomon, der Press-Officer des Abwehrkomitees des «Board of Deputies». Mr. Mishcon, der jüdische Redner an nichtjüdischen Versammlungen in dieser Frage, erklärte, er habe die Beobachtung gemacht, daß bei vielen der antisemitische Grund in der falschen Erziehung und in der unrichtigen Information über die Juden beruhe. Ein großer Teil dieser Leute könnte von diesen Vorurteilen geheilt werden. Auch wenn Palästina einmal ein großer und einflußreicher jüdischer Staat sein werde, würde man immer noch zu kämpfen haben und auch dann noch werde es nötig sein, eine Propaganda zu führen. Mr. Rosetté, der ebenfalls eine große Erfahrung besitzt, war der Meinung, alle Propaganda nütze nichts, so lange die jüdische Heimlosigkeit bestehe und die Juden überall in der Welt in Minderheit seien. Die Juden sind immer das erste Opfer, es sei ganz gleichgültig, welche Fragen im Lande zur Diskussion stehen. Der Vorsitzende meinte, das englische Volk sei nicht grundsätzlich antijüdisch. Die Juden müßten zur Demokratie stehen und die reaktionären Kräfte wie die Bewegung Mosleys bekämpfen.

Vom Woburn-House aus, wo die jüdischen Zentralen ihren Sitz haben, wurde eine Schrift «The Jews-some Plain Facts» herausgegeben, die in großer Auflage überall verbreitet wird. Der jüdische Beitrag auf allen Gebieten der Zivilisation wird darin eingehend dargestellt und auch die Unrichtigkeit der Behauptungen, daß Juden in der Wirtschaft, Politik und Presse maßgebend seien, nachgewiesen. In Southport wurden an einer öffentlichen Versammlung von über 1000 Personen die gleichen Fragen behandelt. Neville Laski, der frühere Präsident des «Board of Deputies», beantwortete die Fragen aus dem Publikum. Der «schwarze Markt» wird auf die Juden abgewälzt, weil ein jüdischer Name mehr auffällt als hundert andere. Die Strafstatistik beweise, daß der jüdische Anteil am schwarzen Markt gering sei. Ein Redner meinte, die Frühzeit der christlichen Geschichte werde schon in der Schule falsch dargestellt, man müßte hier eine Aenderung herbeiführen. Die Frage, ob der Antisemitismus bei den Kindern instinkthaft vorhanden oder erst

040749

H3939 - 0003

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit 421
Filed April 29th 1946

H3939 - 0004

B 040750

später durch Aufhetzung komme, wurde von anwesenden Psychiatern dahin beantwortet, daß Kinder vor der Schulzeit keine Abneigung gegen andere Rassen, Religionen oder Farbige haben; das werde ihnen erst in der Schule beigebracht. Prof. B l e a s e meinte, die Juden seien im geschäftlichen Leben unerwünschte Konkurrenten. Sie seien betriebsam, haushälterisch und strebsam und deshalb unerwünscht. Zur Frage, ob ein G e s e t z g e g e n d e n A n t i s e m i t i s m u s erforderlich sei, erklärte Neville Laski, die englische Geschichte zeige die Tendenz, sich von Gesetzen freizumachen und nicht neue Gesetze zu erlassen. Ein anderer Redner meinte dazu, in S o w j e t r u ß l a n d habe man mit dem Verbot des Antisemitismus gute Erfahrungen gemacht und in den letzten 25 Jahren sei es dort zu keinen antijüdischen Kundgebungen mehr gekommen. Prof. Brodetski berief die Präsidenten der jüdischen Gemeinden zu einer privaten Besprechung ein, um ihnen die neuesten Entwürfe der Resolutionen zu übergeben. Unter dem Vorsitze von Gordon Liverman, dem Präsidenten des Abwehrkomitees, fand eine weitere Konferenz aller religiösen Funktionäre, wie Rabbiner und Lehrer, statt, um auch von dieser Seite her Vorschläge für das weitere Vorgehen zu erhalten.

Eine «J ü d i s c h e V e r t e i d i g u n g s w o c h e» wurde vor einigen Wochen von Prof. Brodetski mit einer Rede eingeleitet, worin er den Antisemitismus als ein geschichtliches Phänomen betrachtete. Als Hauptgründe zählte er auf: die Theorie des Sündenbocks, die Heimlosigkeit und wirtschaftliche Belange. Diese letzteren seien weniger wichtig, wenn die Konkurrenz nicht so scharf sei. Bei der Bekämpfung des Antisemitismus müsse man in erster Linie die Wahrheit über die Juden verbreiten. Man müsse die nichtjüdische Bevölkerung darüber aufklären, was das Judentum vom Juden verlange und nicht etwa einzelne Juden und ihr Verhalten und Betragen in den Vordergrund stellen. Ferner gelte es, dem gewöhnlichen jüdischen Mann ein Unabhängigkeitsgefühl zu geben und ihm die Selbstachtung beizubringen. Das sei aber auch nur wieder möglich, wenn ein eigenes jüdisches Land vorhanden sei, denn niemand und kein Volk werde auf die Dauer glücklich sein, wenn es keine Heimat habe. Zur Durchführung der Abwehraktionen verlangte Prof. Brodetski 150 000 Pfund, welcher Betrag jetzt durch eine Sammelaktion aufgebracht wird.

L. N.

*

Laut einem Berichte aus C u b a sind in der Kriegszeit 15 000 Juden eingewandert.

Ein neuer Bericht aus S h a n g h a i meldet, daß heute alle Juden in einem Ghetto wohnen müssen. Nur solche, die außerhalb der Mauern ihre Arbeitsstätte haben, dürfen es mit einem Sonderpaß verlassen.

In F r a n k r e i c h, in der Nähe Lyons, wurde

Prof. Victor Basch

zusammen mit seiner Frau ermordet. Er stand im Alt[er] von 81 Jahren. Prof. Basch stammte aus Ungarn. [Er] kam in früher Jugend nach Paris, wo er später phil[o]sophischen Studien oblag. Er wurde an die Universit[ä]ten von Nancy und Rennes berufen und erhielt da[nn] den Lehrstuhl für Philosophie an der Sorbonne. Hi[er] wirkte er von 1906 bis 1933. Basch war ein Freu[nd] M a x N o r d a u s, der ebenfalls aus Budapest na[ch] Paris kam und als das «lebende Lexikon» galt. Da[s] Studium der deutschen Philosophie verband beide, da[zu] kam ihr ungestümes Eintreten für die Menschen[rechte]. Nordau war überall da zu treffen, wo es ga[lt] für die Rechte eines Volkes einzutreten, z. B. für Gri[e]chenland (wo Straßen in Athen und Saloniki nach ih[m] benannt wurden). Basch war der Präsident der L i g[a] f ü r M e n s c h e n r e c h t e und führte dort de[n] Kampf gegen den Antisemitismus. Die Rolle Nordau[s] im Zionismus ist zu bekannt, als daß sie hier geschi[l]dert werden müsste. Basch gehörte ebenfalls zu de[n] Anhängern des Zionismus, jedoch trat er in der O[r]ganisation nie aktiv hervor. Er hielt zahlreiche Vo[r]tragstournees im Auslande ab und kam auch in d[ie] S c h w e i z und nach Z ü r i c h, wo er als Präside[nt] der Liga für Menschenrechte weithin beachtete Red[e] hielt. Nun ist auch er, der eine eingehende Studie üb[er] «die politische Lehre der klassischen deutschen Phil[o]sophen» schrieb, durch Mörderhand in einer Zeit gefa[l]len, da die Lehre der von ihm beschriebenen deutsch[en] Klassiker außer Kurs gesetzt wurde.

Die Liquidation des jüdischen Vermögens in Fran[k]reich ergab für die Staatskasse bis zum 1. Oktob[er] 485 Mill. Franken.

Die tschechische Regierung in London veröffen[t]licht einen amtlichen Bericht über das Schicksal d[er]

Juden im Protektorat.

Im t s c h e c h i s c h e n Staatsgebiet gab es 90 0[00] Juden vor Kriegsbeginn. Davon sind 50 000 getötet w[or]den und weitere 30 000 sind in Arbeitsbataillonen od[er] Konzentrationslagern. Ueber ihr Schicksal ist nic[ht] bekannt. Nur etwa 10 000 konnten sich retten. In d[er] Slowakei sind nach diesem amtlichen Bericht v[on] 100 000 Juden nur noch etwa 15 000 übriggeblieben. [Aus] Korrespondenzen, die in Bratislava beim Jüdischen [...] eingehen, ist ersichtlich, daß sich Juden aus der S[lo]wakei in Birkenau, Theresienstadt, Monovitz in Ob[er]schlesien, Madjanek bei Lublin und einigen ande[ren] Orten in Oberschlesien und Polen befinden. Die Z[ei]tung «Gardista», das Blatt der Hlinka-Garden, schrei[bt:] «Bis jetzt wurden nur die armen Juden ausgesied[elt]. Viel gefährlicher aber sind die Intellektuellen, wel[che] es verstanden haben, für sich Ausnahmen zu versch[af]fen. Diese müssen nunmehr an die Reihe komm[en] ... Innenminister ... erklärte, die noch in der S[lo]wakei verbliebenen Juden würden bis zum März [de]portiert. Auch die getauften Juden würden davon [nicht] ausgenommen. Bereits hat eine Aktion gegen so[lche] slowakische Firmen eingesetzt, welche behaupten, [daß] die von ihnen angestellten Juden unabkömmlich se[ien].

Gesucht Marcus Kleinmann (früher Paris) von J. Schnall-Reb..., Lugano, Via alla Valletta.

040751

Gustav Reichert & Sohn
Firmenschilder und Lichtreklamen
Schaufenster-Plakate
ZÜRICH 8, Kieselgasse 12 - Telephon 4 50 48

Chem. Reinigungsanstalt und Färberei Henzel
Telephonnummern Sie 7 20 55 7 20 56
Moderne Teppich-Reinigung

H3939 – 0005

M 201

H3939 – 0006

… Ministerpräsident Mikolajczyk gab … daß

in Polen

… Kinder mehr übriggeblieben seien. Die … veröffentlicht fortwährend neue … die Vernichtung des jüdischen Volks… Eine Meldung besagt, daß von den … des Ghettos Wlodawa 3000 im Todeslager … umgekommen sind. Die Ghetti von Piaski … wurden vollständig liquidiert. In … Lublin traf das gleiche Schicksal einige … Holland deportierte Juden. Vor einem … in Wilna noch 40 000 Juden von den … früher in diesem Ghetto waren. Nicht ein … dort noch vorhanden. Das «Jeru… des Ostens» existiert nicht mehr. … fand am 23. April statt. Nur einigen … Männern gelang es, zu den Partisanen … Die deutsche Presse berichtete selbst, … von Wilna nunmehr von Juden befreit … Ghetto für «Arier» geöffnet werden konnte. … und Shavel befanden sich noch Ghettos. Vor … hatte Wilna eine jüdische Bevölkerung … Personen. Davon konnten 25 000 nach Ruß… …zeitig evakuiert werden. Zum Nachfolger … im polnischen Nationalrat wurde als Ver… «Bund» Dr. Emanuel Sherer ernannt, … Zygielbojm hiefür vorgeschlagen war. Dr. … kam bereits in London aus New York an. Er … Anwalt in Krakau und Warschau.

… die antijüdische Bewegung in den

Vereinigten Staaten Amerikas

… ist, beweisen die Vorfälle in New York, wo … Bürgermeister La Guardia in einer Radio… …gen diese Erscheinungen auftreten mußte. Es … gegeben, daß in letzter Zeit öfters Synagogen …rt worden seien. Die Polizei hat den Auftrag … stärker als bisher gegen die Ausschreitungen …fen. Auch Innenminister Ickes hat erklärt, … USA alles tun werden, um für die demokrati… …chte der Juden einzutreten und den Faschis… … den Rassenhaß zu bekämpfen. Richter Jonah …ein hat als Präsident des Verbandes ame… … Anwälte den Rücktritt erklärt, weil Fran… … der Assistant District Attorney und Prä… … Negerverbände in New York, als Mitglied …ssen wurde. Auch eine Anzahl weiterer …discher und nichtjüdischer Anwälte sind … gefolgt. Richter Goldstein erklärte: … Jahren Mitglied des Verbandes der An… …hte es weiter bleiben, wenn ich mich nicht …lich mache. Ein Mitglied eines Berufs… …bleiben, bei dem Rassenunterschiede ge… …wäre ein Beitrag zur Heuchelei, den ich

In Abessinien

…sion der Falaschas bei Kaiser Haile …chen, um ihm die Anregung zu un… …nien für die jüdische Einwan… … Die Falascha-Gemeinden wollen … Beitrag zur Hilfeleistung an die … leisten. Letzthin kamen 1500 grie… … aus Saloniki in Abessinien an, …ch eine Anzahl jüdischer Aerzte, … und Chemiker, die beim Wieder… …lle Dienste leisten.

Prüfung der Wizo-Schülerinnen

der Abendkurse in Tel Aviv. Die Schülerinnen erhalten ein Zeugnis nach bestandenem Examen.

Die Lage in Palästina

Die Verhandlungen über eine jüdisch-arabische Zusammenarbeit sind vorläufig beendet worden, nachdem auch die Republik Libanon und die Araber Palästinas ihre Forderungen in Kairo angemeldet haben. Weitere Verhandlungen sind vorerst nicht vorgesehen, nachdem Ibn Saud die Erklärung abgegeben hat, daß ohne vorherige Lösung der Palästinafrage ein Fortschritt nicht möglich sei. Offensichtlich handelt es sich aber nur um einen Vorwand, denn Ibn Saud hat sich um Palästina nie interessiert. Jeder Kenner der Verhältnisse im Orient weiß, daß Ibn Saud sich der Führung Aegyptens und Iraks nie unterwerfen wird, weil dies die Aussichten seiner Dynastie für immer vermindern würde.

In den Tageszeitungen wird berichtet, daß in Orangensendungen aus Spanien und Palästina, die in Liverpool eingetroffen sind, Handgranaten enthalten waren. Die Orangen aus Palästina für England werden in Palästina sowohl von arabischer Seite als von jüdischen Gesellschaften geliefert. Bei der Meldung handelt es sich offenbar nur um eine Ablenkung, sonst wären sofort schwere Maßnahmen in Palästina getroffen worden, über deren Anordnung aber nichts bekanntgeworden ist.

Die ägyptische Regierung hat einen Plan zur Bewässerung der Sinai-Wüste ausarbeiten lassen, der Dämme und Reservoirs zur Aufspeicherung des Winterwassers vorsieht. Bekanntlich hatte schon Herzl nach der El Arisah-Expedition die Kultivierung dieses Gebietes in Aussicht genommen. Das Projekt scheiterte damals, wie man heute weiß, zufolge der Einsprache der militärischen Strategen.

Die Preise und Lebenskosten sind gemäß einer amerikanischen Erhebung in den jüdischen Gebieten um 152,9 Prozent, auf arabischen Märkten um 211,8 Prozent gestiegen. Die Steigerung der Preise ist eine Folge der vermehrten Nachfrage zufolge der

Kopftücher
in Satinette, Wolle, Seide
vorteilhaft bei
Hutmacher-Schalch AG.
BERN · Telephon 2 24 11

040752

erhöhten Kaufkraft und Verminderung des Angebots infolge der Bedürfnisse des Militärs. Familien mit festem Einkommen leiden besonders an diesen verteuerten Lebenskosten. Die Regierung empfiehlt Teuerungszulagen; da sie nicht obligatorisch erklärt wurden, haben sie jedoch keine allgemeine Anwendung gefunden.

In den letzten vier Monaten sind 3200 Juden mit Zertifikaten eingewandert. Davon kamen 1800 aus Yemen, 640 aus verschiedenen europäischen Ländern durch die Türkei, 435 polnische Juden aus Iran, 112 aus benachbarten Ländern und 210 zumeist aus dem Balkan, insbesondere aus Ungarn. In den kommenden Wochen werden 3000 erwartet, davon 1500 aus Yemen, 750 aus Spanien und 300 aus Iran.

Die Gruppe der «Alijah Chadascha», die zumeist aus Einwanderern aus Mitteleuropa besteht, hatte eine zweitägige Konferenz in Haifa. Dr. Felix Rosenblüth als Präsident verlangte Neuwahlen des Assefath Hanivcharim und auch des Stadtrates von Tel Aviv. Dr. Georg Landauer appellierte für eine noch stärkere Kriegsanstrengung, weil dies die beste Waffe im Kampfe um die Abschaffung des Weißbuches sei.

Die Juden Schwedens haben in Anerkennung der humanitären Haltung des schwedischen Volkes und Königs beschlossen, einen Wald auf den Namen des Monarchen in Palästina anzulegen.

Bei der Ernennung des Bischofs der anglikanischen Kirche für Jerusalem sprach in London auch der Erzbischof von Canterbury. Er führte dabei aus, daß Jerusalem bereits ein großes Zentrum der jüdischen Kultur geworden sei und daß es wünschenswert wäre, wenn Jerusalem auch der Sitz einer christlichen Universität würde.

*

Vergrößerung des Stadtgebietes von Tel Aviv. Die Stadtverwaltung von Tel Aviv teilte mit, daß infolge der Vergrößerung des Stadtgebietes besondere Maßnahmen im Interesse der arabischen Einwohner Tel Avivs, die innerhalb der Stadtzone wohnen, getroffen werden sollen. Dazu gehört auch die Anstellung eines arabischen Beamten.

Die Gesellschaft «NIR» bewilligte 200 000 Pfund als Darlehen für die Errichtung von Arbeitersiedlungen nach dem Kriege.

Ehrung zweier jüdischer Dichter. Namens der Exekutive der Jewish Agency teilte Herr Grünbaum mit, daß zur Erinnerung an den Dichter Tschernichowsky eine Stiftung beabsichtigt sei, die der Herausgabe zeitgenössischer Werke dienen soll. Ferner wird ein Bialik-Institut errichtet, was auf der Konferenz der hebräischen Schriftsteller unter dem Vorsitz von David Schimonowitz mitgeteilt wurde. Der Keren Hajessod teilte mit, daß er sich an der Finanzierung des Tschernichowsky-Hauses für hebräische Schriftsteller beteiligen werde.

Feier des Haifaer Technikums. 72 Absolventen des Haifaer Technikums erhielten ihre Diplome anläßlich einer Feier zum 20. Jahrestag der Gründung des Instituts. Der Direktor des Technikums, Ingenieur Kaplansky, teilte mit, daß die Gesellschaft der Freunde des Technikums in Amerika beschlossen habe, 200 000 Dollar aufzubringen als Grundstock für eine dem Andenken General Kischs gewidmete Abteilung des Instituts. Ge Montgomery hat die Patronage übernommen. — Das Tech hat während der Dauer seines Bestehens dem Lande meh tausend Ingenieure, Architekten und gelernte Handwerker g fert, davon 600 während des Krieges.

Tod eines jüdischen Gelehrten. Aus Jeru wird der Tod Mosche Brills gemeldet, der an der Hebräi Universität Vorlesungen über Pädagogie hielt.

Jahreskonferenz des Jüdischen Natio fonds in London. Auf der 19. Jahreskonferenz des in London wurde mitgeteilt, daß das Reineinkommen des I aus der ganzen Welt im letzten Jahre über 2 Millionen Pfun trug. Es wurde beschlossen, im Rahmen des United Palestine peal im kommenden Jahre in England 300 000 Pfund für den aufzubringen.

STEINMÜHLE-APOTHEKE
Uraniastr. 16 Otto Ammann Tel. 3 95 28 Zürich 1
Alle Krankenkassenrezepte
Zusammenstellung von **Hausapotheken**
Luftschutz-Apotheken
Prompte Lieferung ins Haus

Delegiertentag der Misrachi-Landesorganisation in der Schweiz (M.L.

Am 16. Januar 1944 fand der ordentliche De legiertentag in Zürich statt. Der Präsid der Landesorganisation, Herr Dr. J. Rom, begrüßte sehr zahlreich erschienenen Delegierten in einer bräisch begonnenen Ansprache, worin er auf die V pflichtungen hinwies, die dem Schweizer Misrachi der Tatsache erwächst, daß sie neben der schwedis Gruppe die einzige Misrachi-Organisation des e päischen Festlandes ist, die im Frieden arbeiten darf.

Der Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees wurde Herrn Dr. Rom in einem ausführlichen und ausgezeichneten posé erstattet. Es ergab sich ein anschauliches Bild der vielseit Arbeit des Misrachi in der Schweiz: die Bemühungen um Verb terung der Bewegung durch Bildung neuer Ortsgruppen (Be durch Anregung der ideologischen und praktischen Arbeit in bestehenden Gruppen, durch Förderung der Jugendbewegung die Mithilfe für die Flüchtlinge und Flüchtlingskinder, die mühungen um die Hilfe für die Deportierten im Osten, die p tische Arbeit für den Aufbau in Erez-Israel usw.

Tätigkeit der einzelnen Gruppen. Für Baden referierte Mresse, für Basel die Herren Kugelmann und Bodenheimer Bern die Herren Prediger J. Messinger und B. Feller, für Zür Herr M. Berlowitz. Herr Erwin Isaak berichtete über die rachistische Arbeit in der Ostschweiz. Für Luzern sprach Vertreter der Jugend. Ueber den Brith-Hanoar und den chad (misrachistische Jugendbewegung und misrachistisch luzische Organisation) gab Herr Alfred Berlowitz ein ausf liches Bild. Die Misrachi-Jugend ist nicht nur der stärkste zi stische, sondern der stärkste jüdische Jugendbund überhaupt, ihren verschiedenen Gruppen in Baden, Basel, Bern, Luzern, gano, Genf und Zürich. In schwungvollem Hebräisch schilderte Vertreter der Arbeitslager die ernste und opferbereite Arbeit von den dortigen Misrachisten in kultureller Beziehung gele wird.

Ueber den Keren Erez-Israel und den Ke Thora-waawoda (die relegiösen Aufbaufonds für Erez-Is referierte Herr Wiener. Nach der ausführlichen Diskussion w einstimmig beschlossen, ein Direktorium zur Durchführung d vom Kongreß zugelassenen Sammelfonds zu schaffen, aus den nach dem Krieg besonders notwendigen Summen für den relig Aufbau Erez-Israels fließen sollen.

Flüchtlingsfragen und Kinderhilfe: Die rachi-Landesorganisation hat sich von Anfang an praktisch der Flüchtlingshilfe befaßt. Auf ihre Initiative wurde 1942 Komitee für religiöse Flüchtlingsfragen ge det, das alle religiösen Organisationen vereinigt. Herr Rabbi Dr. Taubes erstattete den Bericht über die bisherigen Lei gen. Der Delegiertentag beschloß die Schaffung eines spezi Ressorts, resp. einer Kommission für Flüchtlingshilfe.

Ueber die Wege der zionistischen Zusamm arbeit erfolgte eine lebhafte Aussprache. Die Delegierte sammlung billigte einstimmig die Haltung der misrachisti Delegierten am letzten Delegiertentag des Schweizerischen nistenverbandes, die eine Beteiligung am CC des Zionistenver des ablehnten. Anderseits gab der Delegiertentag die Bereitw keit des Misrachi bekannt, bei Vorliegen der notwendigen Vo setzungen in der künftigen Leitung des Zionistenverbande Verantwortung mitzutragen.

Bezüglich der Nachkriegsprobleme und der Forderung eigenstaatlichen jüdischen Palästina faßte der Delegiertentag

H3939 – 0007

040753

[illegible] ganzes Triktandum der arbeitsreichen [illegible] nach den Vorschlägen der [illegible] Permanenzkommission [illegible] des Delegiertentages [illegible] Herr Dr. [illegible] sein Rücktritt [illegible] für eine weitere Amtsperiode [illegible].

[illegible] Ovation versicherte die Ver[illegible] Präsidenten des [illegible] [illegible] der Schweiz. Die Namen der [illegible] und der Mitglieder des [illegible] später mitgeteilt werden.

Probleme des Gemeindebundes

[illegible] der Darlegungen [illegible] der Zürcher Gemeindebund[illegible] [illegible] dessen persönliche Auffassung [illegible]

[illegible] Delegierten[illegible] Gemeindebundes [illegible] hat sich in der Hauptsache [illegible] betrachtet die neue Verfassung [illegible] daß die Beratungen auch [illegible] Beschlußfassung [illegible] Delegierten haben bereits [illegible] einen zweiten Entwurf der [illegible] Zentralkomitees [illegible] die Zürcher Delegation [illegible] Vorschläge [illegible] Aenderungen, die von einzelnen Ge[illegible] Man sollte meinen, daß [illegible] Differenzen [illegible] Punkten bestehen [illegible] so kommt man zu einem [illegible] Ergebnis.

[illegible] fragt man sich, ist eine Generalrevision [illegible] notwendig? [illegible] Organisation [illegible] gewandelt, daß die bisherigen Bestimmungen [illegible] sollen in die Praxis eingeführte [illegible] legalisiert werden? [illegible] Gemeindebund [illegible] nach dem ersten [illegible] die Wahrung und Förderung der Interessen der Juden in der Schweiz, [illegible] deren Vertretung gegenüber den Be[illegible] jüdischen Organisationen. [illegible] meinen, müßte er ein [illegible] der Schweiz wirksamen Kräfte [illegible] zum Beispiel der Fall beim [illegible] Vereinigungen der Rabbiner, der Lehrer, [illegible] sowie der religiösen [illegible] Vereinigungen angehören. [illegible] Ländern, insbesondere [illegible] American Jewish Conference [illegible] die Gemeinden im engeren Sinne [illegible] Organisation, welche Anspruch [illegible] der Juden im Lande erhebt. Bei der [illegible] in unseren Gemeindebund [illegible] genannten Kräfte zu kurz, obwohl [illegible] der Berufsberatung, der [illegible] nachschulpflichtigen Ausbildung,

der weltanschaulichen Haltung, bei der Abwehr, der Gestaltung des gesamten kulturellen Lebens usw. eine immer größere Bedeutung erlangen und der Gemeindebund in Wirklichkeit sich schon längst mit diesen Fragen beschäftigt. Bei der Zusammensetzung des Delegiertentages des S.I.G. kommen diese Tendenzen nicht zum Ausdruck. Es fragt sich deshalb, ob der Gemeindebund wirklich das Monopol beanspruchen kann, die Juden der Schweiz in diesen Problemen zu vertreten.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage der demokratischen Vertretung. Die großen Gemeinden sind nach den Entwürfen schwer benachteiligt. Jede Gemeinde entsendet den Präsidenten oder ein anderes Vorstandsmitglied, außerdem für 50 Mitglieder einen, bei über 300 Mitgliedern aber nur für je 100 einen und bei über 1500 Mitgliedern nur für je 200 einen Delegierten. Die [illegible] Cultusgemeinde Zürich würde also [illegible] Mitgliedern 18 Delegierte entsenden. Anderseits [illegible] zehn andere Gemeinden mit zusammen [illegible] Mitgliedern 30 Delegierte, also fast die doppelte [illegible] Teil der Juden, die in der Stadt wohnen, wo [illegible] am meisten pulsiert, wo sich die Zen[illegible] befinden und die meisten Mitarbeiter [illegible] Institutionen wohnen, werden dadurch [illegible] und die Minoritäten in diesen Gemeinden [illegible] als sie es jetzt schon sind. Die [illegible] daß diejenigen, welche ein Drittel des Budgets aufbringen, nur ein Achtel bei der Verwendung desselben zu bestimmen haben, soll nur nebenbei erwähnt werden.

Die [illegible] sollen nach den Entwürfen [illegible] dem System der [illegible] entrichtet werden. Einigkeit besteht darüber, daß diese Methode [illegible] ist [illegible] Mitglieder, die mehr leisten könnten, anderseits muß die Gemeinde aus der eigenen Kasse für solche Mitglieder zahlen, welche selbst gar nichts beitragen, sondern noch unterstützt werden müssen. Auf die Dauer ist diese Lösung nicht haltbar, und man wird dazu kommen müssen [illegible] Ausgleich [illegible] Gemeinden [illegible].

Der [illegible] soll die Parlament des schweizerischen Judentums darstellen. In keinem [illegible] aber ist die selbständige Konstituierung desselben vorgesehen. Zum [illegible] das Zentralkomitee über die Aufnahme neuer Mitglieder, es kann Gemeinden in ihren Mitgliederrechten einstellen, es prüft selbst die Mandate für den Delegiertentag und die Verhandlungen werden vom Präsidenten des Zentralkomitees geleitet, ohne daß der Delegiertentag selbst ein Büro bezeichnet. Von einer Souveränität des Delegiertentages kann also nur beschränkt die Rede sein. Viel [illegible] wäre es, zu der üblichen Trennung der Gewalten [illegible], weil sich sonst bei Wahlen andere [illegible] öffnen müßten, die viel unangenehmer sein können als eine Debatte auf dem Delegiertentag.

Die Bestimmung der Wahl [illegible] Delegierten hat nun ebenfalls Aufnahme in die Entwürfe gefunden.

HANS MEIER
KAMINFEGERMEISTER
ZÜRICH
ASYLSTRASSE 50
RÖMERHOF
TELEPHON 25487

040754

H3939 – 0009

M201
H-3939

G. B. EXHIBIT

421.

G. B. EXHIBIT

No. 421.

B 040747

Filed April 29th 1946

6

H3939-0010

5 pages